

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Erste Ausgabe jeden Sonntag.
Abonnementpreis: Mk. 1.— für das Vierteljahr.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Gotha, 31. August 1919
(Katalog-Nr. 174.)
3. Jahrgang
Sonderdruck 76 Pfg. die einseitige Festschrift.
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen-
vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

82. Ausgabe des Schuhmacher-Fachblattes 82500!

Inhalts-Verzeichnis.

Stellung der Schlichtungskommission. — Gefahr! —
Betrachtungen. Allgemeine Verbindlichkeit von
Verträgen. Was fordern die Arbeiter mit ihrer
größten Freiheit an? — Der Tarifvertrag. — Einer und
— Unsere Kinder und unser Kampf. — Verband-
— Mittelungen. — Wahlergebnis. — Verbands-
— Versammlungskalender. — Abschluß und
für das 2. Quartal 1919.

Stellung der Schlichtungs-Kommission

Schlichtungs-Kommission
gegen die Firma H. B. Klaus und Hefel-
in Schmöllen S.-A.
Der Vorsitzende der Herren: Als Vorsitzender Dr. Kleemann;
Mitglieder: Julius Quarg und Hugo Hofmann,
Arbeitsnehmervertreter: Karl Horn und Rudolf Gür-
für. Für Beklagte waren erschienen: Herr Schalle
der Firma H. B. Klaus Herr Bureauevorsteher

Der Vertreter des Klägers: Bezirksleiter Wüner, Erfurt.
Der Vorsitzende trug das Streitverhältnis an Hand der
vor. Es wurde zur Sache verhandelt, der Vertreter
auf § 8, Abs. c des Tarifvertrages. Der Vertreter
Beklagten warnte ein, daß die Beklagte infolge Ra-
mangels den Betrieb habe einschränken müssen.
Beschlüssen und verkündet: Die Firma H. B. Schaller
ist verpflichtet, die wegen verkürzter Arbeitszeit
vollbezogene Teuerungszulage nachzugeben.

Gründe:
Nach § 8, Abs. c des Reichstarifvertrages für Zwi-
schenskriegszeit vom 15. April, 7. Dezember 1918 ist eine Rück-
kehr der Teuerungszulage nur dann zulässig, wenn eine
neue Arbeitsvertragsgrundlage vorliegt. Die Einführung
von Arbeitvertragsverhältnissen, die den Arbeit-
ern die Zahlung der Teuerungszulage angerechnet werden
kann. Dem Antrage des Arbeitsausschusses war daher statt-

Die Firma H. B. Klaus als Beklagte wird durch Rechts-
bureauevorsteher Herrn Wurde vertreten. Der Ver-
treter des Klägers bemängelt die Vertretung der Beklagten
einen Rechtsanwalt bzw. durch einen Anwaltsbevoll-
mächtigten derselben. Beschlüssen und verkündet: Die Ber-
gung durch einen Rechtsanwalt bzw. durch einen Unter-
zeichneten derselben vor der Schlichtungskommission
für zulässig gehalten.

Die Parteien verhandeln zur Sache. Der Vertreter der
Beklagten warnte ein, es sei mit dem Arbeitsvertrag
vom 22. Dezember 1918 eine Nebenabrede dahin getrof-
fen für Erreichung der Mindestlöhne mittels der So-
zialversicherung gegeben werden in allen Fällen. In
seinem Verstande hält diese Nebenabrede für ungültig, weil
sie den Tarifvertrag verstoße und die Arbeiterschaft
unter der Hand, als nach dem Tarif. Im übrigen befreit
er den Kläger, daß eine solche Nebenabrede ge-
schlossen sei. Der Vertreter der Beklagten warnte
die Beklagte an der Verkürzung der Arbeitszeit
Schuld trage; sie sei deshalb nicht verpflichtet, die
Teuerungszulage zu zahlen.

Beschlüssen und verkündet: Die Firma H. B. Klaus,
Schmöllen S.-A., ist verpflichtet, die wegen
verkürzter Arbeitszeit nicht gezahlte Teuerungszulage
nachzugeben.
Gründe:
Es kann dahingestellt bleiben, ob die von der Be-
klagten gemachte Nebenabrede geschlossen worden ist
oder nicht. Da sie eine Vereinbarung enthält, die dem
Antrage zuwiderläuft, und die Arbeitnehmer nicht
als Reichstarifvertrag vorliegt, muß sie unter
Vorbehalt als Rechtswirkung angesehen werden.
§ 8, Abs. c des Reichstarifvertrages für Zwi-

schenskriegszeit vom 15. April 1918 ist eine Verkürzung der Teuerungszu-
lage nur dann zulässig, wenn eine schuldhaftige Arbeitsver-
tragsgrundlage seitens der Arbeiter vorliegt. Die Einführung der
Rückkehr ist keine Arbeitsvertragsgrundlage, die den Arbeitern
bei Zahlung der Teuerungszulage angerechnet werden
kann. Dem Antrage des Arbeitsausschusses war daher
stattzugeben.

3. In Sachen des Arbeitsausschusses der Firma Hefel-
barrh betr. Nachzahlung der gekürzten Teuerungszulage für
gesetzliche Wochenfeiertage (2. Oster- und Pfingstfeiertag,
sowie 1. Mai) hatte sich die Firma mit dem Arbeitsaus-
schuß verständigt, so daß sich eine Zustellung des Schieds-
spruches erübrigte.

Gefahr!

Für die Arbeiterklasse ist es nicht gleichgültig, unter
welcher Staatsform sie lebt, denn ihr Wohlergehen hängt
von ihrer Bewegungsfreiheit ab und diese wieder ist ab-
hängig von den allgemeinen politischen Zuständen, die in
einer demokratischen Republik andere sind als in einem
monarchistischen Obrigkeitsstaat. Deshalb müssen die Ar-
beiter auf eine Gefahr aufmerksam gemacht werden, die man
außerhalb Deutschlands augenscheinlich besser kennt als im
Landes selbst.

Die Antwort der „Entente“ auf die deutschen Gegen-
vorschläge zum Entwurf des Friedensvertrages enthält
neben manchen Irrtümern und Ueberhebungen der gegen-
seitigen Staatsmänner viele Wahrheiten, weshalb die bür-
gerliche Presse Deutschlands wohl eine Flut von Schmäh-
ungen über dieses Dokument ergoß, seinen Inhalt aber
verschwiegen. Zu den unangenehmen Wahrheiten gehört auch
die: „Es besteht bisher keine Gewähr dafür, daß die durch
die deutsche Revolution vollzogene Wenderung einen dauer-
haften Zustand darstellt.“ (Rantelnote, Abschnitt VI.) Das
ist der Hauptgrund, weshalb die sofortige Aufnahme Deutsch-
lands in den Völkerbund abgelehnt wurde. (In den Zeit-
ungen war das freilich nicht zu lesen!)

Doch, uninteressiert diesmal nicht der Völkerbund, son-
dern das Treiben gewisser Kreise in Deutschland und seine
mögliche Folge. Die deutschnationale Volkspartei und die
deutsche Volkspartei (die innerlich so schwer unterscheidbar
sind wie ihre Namen), machen in Flugchriften, Zeitungs-
artikeln usw. ganz offen die republikanische Staatsform für
alles Unglück verantwortlich, das Deutschland betroffen hat.
Sie nutzen die Pressefreiheit weitläufig aus, um für die Güte
und Schönheit des monarchistischen Obrigkeitsstaates Stim-
mung zu machen. Beweiserweise gibt es in den beiden
Volksparteien allzu viele, die hierauf hineinfließen; allerdings
weniger unter den Arbeitern als unter den Kleinbürgern,
deren politischer Einfluß heute sehr groß ist. Ramentlich das
Beamtenum hat mit seiner monarchistischen Bestimmung
mehr zurecht. Es war doch so schön unter den hohen-
zöllern, den Mittelsbürgern usw.

Eine leise Ahnung von der drohenden Gefahr hat man
wohl in der Weimarer Nationalversammlung, worauf zwei
sozialdemokratische Anträge zur Verfassung schließen lassen.
Der erste Antrag ging dahin, den auf 15 Jahre festgelegten
Ausschluß der Familienmitglieder der ehemaligen Fürsten-
häuser vom Amte des Reichstagspräsidenten für alle Zeit
festzusetzen; er wurde durch eine Zufallsmehrheit der bei-
den sozialdemokratischen Fraktionen in der zweiten Lesung
zum Beschluß erhoben, worauf jedoch in der dritten Lesung
diese Ausschließung der Fürstlichen Familien völlig beseitigt
wurde. Bei der dritten Lesung der Verfassung wurde von
den Mehrheitssozialdemokraten beantragt, die Wahl des
Reichspräsidenten durch das Volk aus der Verfassung zu
streichen und ihn durch Reichstag und Reichsrat wählen zu
lassen. Dieser Antrag, der wieder zurückgewiesen wurde,
war zweifellos der Befürchtung entsprungen, daß ein volks-
tümlicher Name bei der Bewerbung um den Präsidenten-
posten dazu gebraucht werden könnte, um einen monar-
chistischen Staatsstreich vorzubereiten. Wie wäre es, wenn
die Parteien der Rechten etwa einen „Nationalpräsidenten“ wie

Hindenburg auf den Schild erheben und seine Wahl als
Mittel zur Wiedereinführung der Monarchie und des
Obrigkeitsstaates benutzen? Gar hässlich wäre es nicht, die
tiefste Unzufriedenheit eines Volkes, das bisher gemohnt war,
sich führen zu lassen, das in der Übung des Selbststimm-
ungsgewohnes noch unerfahren ist, zu diesem Zwecke auszu-
nutzen, es glauben zu machen, der böse Friede wäre nicht
geworden, wenn die Revolution nicht die vordem bestanden-
den Verhältnisse umgestürzt hätte, wodurch Deutschland
wehrtlos wurde. Wird doch die Woge so oft und oft wieder-
holt, daß sie selbst schon von Seiten gesäubert wird, die bei
dem Zusammenbruch dabei waren und wußten, daß er die
Folge der militärischen Übermacht der Gegner war.

Ein Staatsstreich von Rechts ist allerdings nur deshalb
im Bereich der Möglichkeit, weil die Mehrheitssozialisten,
die sich im Hause der Hohenzollern eingerichtet haben, ein
schlimmes Verhängnis begingen: Sie veräuerten — bildlich
gesprochen — dieses Haus gehörig zu reinigen und zu des-
infizieren. Wohl haben wir sozialdemokratische Minister
und Unterstaatssekretäre, aber fast alle ihre ausführenden
Beamten sind die gleichen, welche den Hohenzollern haus-
hielten. Haben diese Beamten ihre Bestimmung gewechselt,
haben sie umgelernt, dienen sie dem neuen Herrn neu und
ehrlich? Durchaus nicht! Sie warten nur auf das Zeichen
des Umsturzes von Rechts: Im Beamtenum steht im we-
sentlichen unverändert die große Schar der Stützen des
Alten, der Gegner des Neuen. Beispielsweise im Preußi-
schen Ministerium des Innern sind unter Wolfgang Heine
Hauptreaktionäre an wichtigen Stellen tätig. Es kann sich
noch rächen, daß bisher nichts geschehen ist, um das un-
zufriedene Beamtenum zu erneuern. (Die kleinen unter-
geordneten Hofenerkennung sind an sich ungefährlich.)
Wenn diese Erneuerung nicht mit einem Schlage geschehen
kann, so hätte sie doch vom ersten Tage der Revolution an
planmäßig in Angriff genommen werden müssen. Wie die
Dinge liegen, muß heute sehr empfinden, daß der alte Hort
der Reaktion, die Organisation der inneren Verwaltung,
von den Ereignissen bisher so gut wie gar nicht berührt
worden ist. Hieran und an andere Erscheinungen knüpfen
die zahlreichen Gegner der Republik ihre Hoffnungen.

Es tut nicht nur not, die Stützen des Kaiserismus aus
den Ämtern zu entfernen, sondern die Republik hat über-
dies die Aufgabe, das Beamtenumwesen gründlich umzuge-
stalten. Ein gewitzig ganz und gar nicht revolutionärer Mann,
der geheime Ober-Regierungsrat Professor Doktor Dr.
Rubner (wie Juden bei den Engländern) und Amerikaner, wenn
sie einer Titelanhänger begegnen), sagte in einer Festrede
zu Ehren König Friedrichs II. von Preußen anfangs 1919:
„Die Erfahrungen des Krieges haben gezeigt, was über-
gens aus der Erfahrung anderer Staaten schon längst be-
kannt war, daß die Befähigung aller Verwaltungsstellen durch
eine besondere Beamtenausbildung und Personen aus an-
deren Berufen durchaus befähigt sind, diese Ämter größtenteils
zu übernehmen.“ (Sitzungsbericht der preussischen
Akademie der Wissenschaften, 1919, S. 43.) Nach diesem
Ausdruck zu handeln ist Pflicht der Regierung einer demo-
kratischen Republik — sonst bleiben wir bei der Scheidemünze
und haben stets die Gefahr der Wiedereinführung des Kaiser-
tums vor uns!

Ferienbetrachtungen.

Arbeiterferien! Endlich ist der jahrzehntelange Wunsch
eines jeden Arbeiters, auch einmal im Jahre einige Tage
dem Körper die so notwendige Erholung zuteil werden zu
lassen, zur Tatsache geworden.
Von bürgerlicher und bauerlicher Seite mißgönnt, können
es diese Herrschaften noch gerührt begreifen, daß auch der
Arbeiter, der Tag für Tag in der ungeliebten Luft der
Fabrik sein Leben zubringen muß, das Bedürfnis hat, bei
Fortzahlung des vollen Lohnes einmal ein paar Tage aus-
zurufen. Will es doch sogar angestrichelten Beamten unter
den Kollegen noch nicht recht in den Kopf, daß die Arbeiter-

Schlatt
ter G
sind wir
d müssen
t begnügen
22.
g e n
ende 1/2
s 7 Uhr
ntliche G
7 1/2 Uhr
ende 8 Uhr
von M
ende 8 Uhr
ende 1/2
ende 7 1/2
abends 1/2
arbt.
r Anhäng
ben Heft 13
r Marinebr
inden im
reit in Eng
der Ausfild
von proletar
tenburger
Der Unter
der Novelle
sichte. Der
es andere.
ahmacher
22.
erwerklich
es-Festes
schließen
verwaltung
Gründung
ein eingela
Belt
L. E. D. O.
ist angeho
blatt des re
paganda in
o Zeichner.
erhaltung
teijährlich
schaft „Frei
bauerdam
1. Rang
Mit. 14
Werber
Oberleber
Der Handw
Rechenbe
Verlag, Ber
170 Abbild
Schuhmach
einge
ents. —
bertrahe
Kung
Gründung
Blöße und
per Nach
erlin-Gübe
ten geb. in
200 000 F.
s. Preise.
03, Postf

den eine Dauerentscheidung sein soll. Von vielen hört man die Frage: Werden es wohl die ersten und letzten Ferien gewesen sein? Lassen wir uns von keiner Seite darin irre machen. Was wir erreicht haben, müssen wir nicht nur festhalten, sondern noch viel besser ausbauen. Ferien müssen ebenso zum sternen Bestand eines jeden Tarifvertrages gehören wie Zeit- und Rindfleisch und Abspindeltag. Dieser erste Versuch wird wohl einen jeden Kollegen von der Notwendigkeit der Ferien überzeugen haben und wird sich wohl seiner finden, der wüßte ist, diese Erregung nicht wieder preisgeben.

Zweck dieser Ferien soll sein, die Kollegen zu veranlassen, darüber nachzudenken, in welcher Weise ein weiterer Ausbau am besten zu bewerkstelligen ist. Doch ein einfaches Ausspannen der Arbeit diesen Zweck nur zum Teil erreicht, ist wohl jedem klar. Gibt es doch zu Hause so mancherlei Arbeit, die man während der Ferien zu machen Gelegenheit hat, welche aber ganz gut auch zu jeder anderen Zeit verrichtet werden kann, so doch schließlich mancher gar nicht recht zum Genuß der Ferien kommt. Aber nicht bloß der Körper will ausruhen, auch der Geist will mal Zerstreuung und neue Anregung haben. Beides läßt sich am sichersten erreichen, wenn man sich einmal vollkommen aus seiner ganzen Umgebung herausreißt und die ganze freie Zeit für einen Dauerferienaufenthalt verwenden kann. Man braucht nicht gleich an Seebäder und kostspielige Kurorte zu denken. Ein einfacher Ortswechsel in schöner Gegend genügt.

Zu diesem Zweck ist es wünschenswert, überall, wo es einigermaßen angängig ist, Ferienheime zu errichten, welche es den Arbeiter durch möglichst geringe Kosten erlauben, ein einfaches und gutes Unterkommen zu finden.

In Großstädten ist diese Frage schon durch die Volkswirtschaftslehre gelöst. Die gehen in Bezug auf Bewirtung und Unterkunft bis an die Grenze des Möglichen. Denn auch die Großstadt kommt für Ferienaufenthalt in Betracht. Bietet es doch dem ländlichen und kleinstädtischen Arbeiter willkommene Abwechslung, einmal das Leben und Erleben einer Großstadt beobachten zu können. Bei kleineren Ortschaften können die bestehenden Betriebs- einrichtungen angeknüpft werden, z. B. mit Herbergen, Wärdern, Arbeiterwohnheimen getroffen werden, daß diese geeignete Abwechslung zur Verfügung stellen. Auch können die Behörden durch Bereitstellung von einfachen Betten in geeigneten Räumen, welche wohl in jeder Gemeinde zu beschaffen sind, für möglichst geringen Preis für den Durchgangsverkehr, das sind Ein- und Zwohtagstouren, entgegenkommen. Ähnlich den Einrichtungen, wie sie früher für Schüleraufenthalte vorgesehen waren.

Es sollen überall Kommissionen gebildet werden, welche diese Angelegenheiten zu erledigen haben. Diese können vom Gewerkschaftsrat bestimmt werden. Aber nicht nur für Beschaffung von Unterkunft hätten sie zu sorgen, sondern auch für Kühlung und Kostunterstützung. Es könnten in den Hauptstädten unter einer bestimmten Aufsicht kurze Notizen mit den Adressen der Kostunterstützenden gedruckt werden. Für kurze Touren, bei denen hauptsächlich Nachquartier in Frage kommen und welche sich nicht immer im Voraus genau bestimmen lassen, können Listen in öffentlichen Betriebskassen, z. B. Konsumvereine oder Ortskassen, das sind die leichtesten aufzufinden sind, ausgelegt werden. Es wird sich wohl bei einer oder der anderen Gewerkschaft finden, den Quartierwählenden Auskunft zu geben. Bei einigen guten Willen läßt sich in dieser Angelegenheit schon etwas erreichen.

Zu allem gehören die nämlichen drei Sachen wie zum Kriegführen, erhitzen, zwischens und drüßens Geld. Daß dazu die einfache Lohnzahlung nicht genügt, begreift wohl jeder. Leben will die Familie auch während der Ferien und somit vom Lohn wegzunehmen, selbst bei den allerbesten Ansprüchen, ist wohl ein Ding der Unmöglichkeit. Es ist daher durch Einrichtung von Ferienpartialkassen vorzuziehen. Dadurch ist jeder in der Lage, je nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen, das notwendige „Kapital“ für einen Ferienaufenthalt das Jahr über zurückzulegen. Diese Gelder könnten durch die Unterkassierer nebenbei mit einbezahlt und bei der Sparrasse angelegt werden. Die Zinsen könnten dann eventuell mit zum Unterhalt der Kostunterstützenden Verwendung finden. Wo Sparrassen bestehen, können die angesammelten Gelder bei Ferienbeginn verteilt werden. Das wäre die beste Verwendung für diese Gelder. Wenn, was bestimmt der Fall sein wird, nächstes Jahr die Erndungs- und Betriebsverhältnisse wieder normalere Verhältnisse annehmen, so wird ein Ferienaufenthalt für den Arbeiter auch das sein, was er sein soll, eine wirkliche Erholung, damit er dann frisch gekräftet an Körper und Geist freudig an seine Arbeit zurückkehren kann. K-2

Allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen.

Dem Reichsarbeitsministerium sind in letzter Zeit mehrfach Beschwerden wegen zu langwieriger Erledigung von Tarifverträgen auf allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen zugegangen. Die Beschwerdeführer sind scheinbar vielfach der Ansicht es handele sich bei der Verbindlichkeitsklärung nur um eine Formalität, die binnen weniger Tage erledigt werden könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verbindlichkeitsklärung ist eine Maßregel von so einschneidender rechtlicher und wirtschaftlicher Bedeutung, daß ihre unvorläufige Handhabung die bedeutendsten Folgen zeitigen könnte. Regel-

mäßig werden die Tarifverträge nur von einem Teile der Beteiligten und gerade von dem wirtschaftlich stärksten Teile abgeschlossen. Die am Abschluß Beteiligten nehmen naturgemäß in erster Linie auf ihre eigenen Interessen Rücksicht, was ja infolgedessen berechtigt erscheint, als der Tarifvertrag zunächst lediglich für sie selbst verbindliche Kraft besitzt. Soll der von ihnen vereinbarte Tarifvertrag nun aber zwangsweise auf den ganzen Berufsstand erstreckt werden, so muß auch den Verhältnissen der am Vertragsschluß nicht beteiligten Kreise Rechnung getragen werden, wenn nicht ganze Industriezweige zum Schaden der Allgemeinheit lahmgelegt werden sollen. Das Reichsarbeitsministerium muß daher, bevor es seine Entscheidung trifft, in eine eingehende sachliche Prüfung des Vertrages und der wirtschaftlichen Folgen seiner allgemeinen Verbindlichkeit eintreten und namentlich die oft recht zahlreichen Einwendungen auf ihre Berechtigung prüfen. Dabei müssen auch die mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten sachkundigen Stellen gebührend zu Wort kommen. So notwendig auf der einen Seite eine möglichst Beschleunigung der Verfahren erscheint, so wichtig ist auf der anderen Seite die Zuverlässigkeit der Prüfung. Die Beteiligten können aber ihrerseits erheblich zu einer schnelleren Erledigung ihrer Anträge beitragen, wenn sie beim Abschluß der Tarifverträge und bei der Antragstellung folgende Gesichtspunkte beachten:

1. Die Erhebungen von Einwendungen können dadurch vermieden werden, daß an den Tarifvertragsverhandlungen von vornherein alle Verbände beteiligt werden, die mit einer erheblichen Mitgliederzahl interessiert sind, und erstlich zu Verhandlungen bereit sind.
2. In den Tarifverträgen muß der berufliche und der räumliche Geltungsbereich so klar umschrieben werden, daß Zweifel über die Anwendbarkeit des Vertrages nicht entstehen können.
3. Der Antrag auf allgemeine Verbindlichkeit soll möglichst von allen beteiligten Verbänden gemeinsam gestellt werden.
4. Dem Antrag muß die Urschrift oder eine amtlich beglaubigte Abschrift des Tarifvertrages mit sämtlichen etwa später vereinbarten Änderungen und Ergänzungen beigelegt werden. Die Beilegung einer Anzahl weiterer einfacher Abschriften ist empfehlenswert.
5. Die Prüfung des Reichsarbeitsministeriums erstreckt sich namentlich auch auf die Frage, ob der Tarifvertrag in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen besitzt. Diese Prüfung wird beschleunigt, wenn die Parteien dieser Frage gefaßt sind, die eine Beurteilung dieser Frage gestatten. Es kommen hierbei z. B. gutachtliche Äußerungen von Gemeindebehörden, Handelskammern oder Gewerbeinspektionen, Vorlage von Mitgliederverzeichnissen und ähnliche Nachweise in Frage.

Was fangen die Arbeiter mit ihrer vermehrten Freizeit an?

Die besitzenden und herrschenden Klassen werden den Jammer und die Sorge um das Wohl der Arbeiterschaft nicht los, eine Sorge läßt die andere ab. Der neueste Nummer der Unternehmervelt und aller übrigen Arbeiterfreunde ist durch die Einführung der 48-Stundenwoche verursacht und er verdrückt sich zu der Frage: „Was fangen die Arbeiter mit der vermehrten Freizeit an?“ Die Frage ist eigentlich alt und sie hat nur jetzt wieder besondere aktuelle Bedeutung gewonnen. Die Arbeiterbewegung ist über 100 Jahre alt, in zahlreichen Fällen wurde direkt zwischen Arbeit und Kapital oder auf parlamentarischem Boden um die Verkürzung der Arbeitszeit gerungen und neben der regelmäßigen Doppelzeugung über den unsehbareren Untergang der Industrie und des Gewerbes, wenn die Arbeiterforderung nach Verkürzung der Arbeitszeit erfüllt werde, erlöste auch der Klassenkampf über vermehrte Wirtschaftskrisen der Arbeiter, wenn sie früher Feierabend erhalten. Beide Wirkkräfte oder nur wider besseres Wissen vorgebrachten Beschränkungen erwiesen sich immer als ungedrungen. In der Tat ist in keinem Lande die Volkswirtschaft durch Arbeitszeitverkürzung ruiniert worden, im Gegenteil bedeutete jeder derartige Fortschritt neuen Aufschwung und Weiterentwicklung von Industrie und Gewerbe, was die Wirtschaftsgeschichte in überzeugender Weise lehrt; und die Arbeiterschaft ist mit jeder Arbeitszeitverkürzung nicht schlechter, sondern besser geworden. Wäre übrigens die Auffassung richtig gewesen, daß kürzere Arbeitszeit für den Arbeiter der moralische Untergang sei, dann hätte man ihn konsequenterweise überhaupt nicht aus der Fabrik hinauslassen dürfen, dann wäre der 24-Stunden-Tag der ideale Zustand für die Arbeiterschaft und die bürgerliche Klasse gewesen.

Die schwerste Belastungsprobe für dieses Problem war zweifellos die Einführung des freien Samstagvormittags, nachdem dieser Tag seitso ein „heiliger Tag erster Ordnung“ war, um mit Rudolf Falb, dem Erbbelehrer, zu sprechen. Und was geschah? Das Wirtschaftsbild des Arbeiters ist durch nichts mehr eingeschränkt worden, als gerade durch den freien Samstagvormittag. Die beste Auskunft darüber hätten die Wirt gegeben können, von denen viele sehr betrübt waren über den Rückgang ihres Gehältes. Die vernünftige Verwendung des freien Samstagvormittages durch die Arbeiter hatte auch eine bessere Verwendung der Feierabendstunden an den Wochenabenden zur Folge, der Wirtschaftsbildung ging im allgemeinen zurück.

Die gleiche erfreuliche Wirkung hatte der Achtstundentag, der allen bürgerlichen Kreisen die schwerste Belastungsprobe und gerade gegenwärtig, da die 48-Stundenwoche zur allgemeinen normalen Arbeitszeit wird, bereitet. Man sieht jene Kreise mehr um die sozialen Verhältnisse kümmern, bei der Arbeiterschaft selbst Beobachtungen machen, so man solche ernste oder nur vorgetäuschte Befürchtungen bei der Arbeit nicht entstehen. Aber die Erfahrung mit der Verkürzung der vermehrten Freizeit beim Achtstundentag ist sehr interessante und beachtenswerte Ausprägungen von, berichtet der Berliner Saloufenfabrikant Heinrich Schröder 1892 den Achtstundentag einführt, in seiner bekannten Schrift: „Fabrikantenfragen“ (Hismach, Verlag von Wilkens 1896) folgendes über diese Seite des Achtstundentages: „Von Bedeutung ist die Frage, was der Arbeiter bei der Verkürzung des Achtstundentages mit seiner freien Zeit anfangt. Die Befürchtung, daß er sie nur noch in der Sauserei verbringe, liegt zu nahe. Sie ist sogar von den Arbeitern selbst geäußert worden und die Fragen sind Arbeiter haben sich damals sogar an meine Frau gemeldet durch Vorstellungen an dieser Stelle mit der Erklärung der Arbeitszeit abzugeben. Diese Beschränkungen haben sich aber nicht bestätigt. Die Arbeiter, die ausnahmsweise um 5 Uhr frei bekommen, vielleicht vor Freude in die Aneise, wird er aber schon so früh entlassen, kaum. Er wird dann allmählich ein Geschmack an nützlichen Unterhaltungen finden, wie wir denn, die auch nicht besser sein wie er. Einige machen Vorträge, andere sind eifrige Leser unserer Arbeiterblätter, wieder andere haben sich vor den Toren der Städte Gärten gepflanzt — der Berliner nennt diese die Willenskräfte Kamerun — und benutzen die freie Zeit zur Bestellung ihres Gartens: die schönste Verwendung. Bei den ganz Unverbesserten setzen auch die halb in den Mittel einer allzu meiten Ausdehnung eines Ruhelens eine wirksame Grenze. Im allgemeinen wird Zeit nicht unnützlich verbracht, und der Arbeiter kommt mit frischer und arbeitsfähiger in die Fabrik als bei einer längeren und ermüdender Ausdehnung.“ Diese Seite eines Fabrikanten trifft natürlich auch heute noch zu, so wie vor 23 Jahren.

Ähnlich berichtet der Engländer John Jones über die bezüglichen Erfahrungen in den australischen Kolonien. Er konstatiert in seinem bekannten Werte des Achtstundentages, daß sich seit seiner Einführung die Arbeitsbedingungen der Arbeiter gebessert haben. Nicht nur Arbeiterbildungsvereine, die Bibliotheken und die gehaltenen Vorträge, sondern auch die von den Familien bebauten Gartenparzellen sind in Zunahme gekommen. Ferner wird mitgeteilt, daß die Arbeiterklasse in Melbourne unter ihren 2000 Besuchern 834 hat, die den unteren Klassen angehören und besonders wird hervorgehoben, die Besitzer von Tavernen und Spielstätten“ aller die beständigen Gegner des Achtstundentages sich so weit seit dessen Einführung der Besuch von öffentlichen Schanzhäusern entschieden abgenommen hat.

Und in vollständiger Übereinstimmung mit dem aus Australien steht, was John Burns über die Seite des Achtstundentages auf die Londoner Docksarbeiter, „Nicht nur das Trinken“, äußert er sich, „sondern an Betten hat abgenommen. Die schlummenden Feinde in London habe, sind die Kerle, die mit Betten und Betten Arbeitern das Geld auf der Tasche laden... empfinden den Arbeitern, ihre freie Zeit zur Ausbildung zu verwenden und die höheren Löhne zur Verbesserung der häuslichen Wohnumstände zu benutzen. So mit der Forderung für kürzere Arbeitszeit verlangt auch freie Bibliotheken, Parks und öffentliche Plätze, anhalten, Prozedur- und Inhabalweisen. Ruhe bedeutet nicht mehr Erinken, sondern Gelegenheit zum Orts- zu körperlicher sowie zu geistiger Ausbildung. Der Arne, weil er nicht besseres zu tun weiß, währt trübe, welcher jenem die Mittel zum Erinken vorliebe, indem er länger arbeitet als er sollte, beim Glühelende Lage zu vergessen sucht. Die Verkürzung des Achtstundentages wollten die Wurzel des Übels austreiben die faulen Reichen brauchen dann nicht mehr weiß zu trinken und der überarbeitete Lohnslave muß falls Ruhe haben, um über seine Lage nachzudenken.“

In der aus seiner besten Zeit (1909) stammenden über „Die kapitalistische Produktion und das Problem der Arbeiterfrage“ (Verlag des Arbeitervereins) über die Aera im Arbeiterdasein. Er gibt den Arbeitern Kraft und Lebensenergie. Er gibt ihnen vor allem ein menschlich würdiges Dasein zu führen, um zu genießen, um ihre politischen Rechte auszuüben.“ Was Freies, Ras und Bums über die Verkürzung der freien Zeit beim Achtstundentag sagen, das ist großen Ganges auch auf die deutsche Arbeiterschaft nur spielt bei ihr auch der Bergsport eine Rolle, die Touristenvereine „Naturfreunde“ planmäßig gepflegt und der eine durchaus ideale Verwendung der freien Zeit bedeutet.

Dagegen erscheint das „Rütteln“ zu Hause nach abend in der Werkstatt, Fabrik, im Bureau usw. für Kunden oder für einen anderen Unternehmer als zu zweckwidrig. So meinen die Gewerkschaften, die demokratische Partei, die ganze internationale Arbeiterbewegung den Achtstundentag nicht, so hat ihn die internationale Sozialistenkongress in Paris nicht, als er ihn aufstellte. Der Achtstundentag ist eine Kulturforderung, er soll der Arbeiter die freie Zeit als bisher ermöglichen, damit sie geistig, sozial, geistig und kulturell vorwärts zu marschieren emporgeschritten. Das Nachfeierabend-„Rütteln“

der Verwertung der Schmarbeit, Entwertung der Leistung für Erwerbbarkeit, Förderung der Arbeiter, die am Vortugum teilnehmen, Pflege und Erhaltung des schillernd-fröhlichen unsocialistischen Geistes, Durchsetzung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, wenn für den Unternehmer noch gearbeitet wird, da der dadurch der Gesamterwerb, von dem die Neben- und Mithilfen im Betriebe natürlich nicht haben, vom Unternehmer verallgemeinert und gegen die für alle gestellte Lohnverteilung ausgespielt wird. Darum Schluß mit der Feiern, Krämpeln und Kampf für auskömmlichen Arbeitswährend der normalen Arbeitszeit für alle! Selbstverständlich wenden wir uns nicht gegen jene Arbeiterabend-Arbeit, die der Schreiner, der Schneider, Schuhmacher usw. für sich und seine Familie verrichtet, wenn ist nicht einzuwenden.

Wie in unserer Artikelübersicht gestellte Frage: „Was sind die Arbeiter mit ihrer verneinten Freiheit an?“ haben wir in beruhigender und befriedigender Weise beantwortet zu haben, sodas das liebe und für das Arbeiterwohl so besorgte Bürgerum deswegen keine schlaflose Nacht zu erwarten muß. Aber auch für jene sozialrückständigen Arbeiter, die die gleiche Frage stellen. Dieses Beispiel der sozial rückständigen Arbeiter und Selbstbezüge werden wir bald dazu bringen, ihre verneinte freie Zeit zu verwerthen zu ihrem eigenen Wohl zu verwenden. Die neue moderne Arbeitszeit der 48-Stundenwoche für die gesamte Arbeiterklasse der positive Anfang zu besseren Gegenwart und zu einer schöneren Zukunft sein.

Der Tarifvertrag.

Der Macht hatte, der herrschte. So war es zu allen Zeiten. Nur war der Faktor stets verschieden, der die Zeit veränderte. Quers war es die rohe Kraft, die eine bestimmende Stellung einnahm. Wer die größte Wertigkeit hatte, quers selbst, dann durch die Unterordnung der ihm untergeordneten Kräfte, der war der Mächtigste. Es kam dazu die wirtschaftliche Macht. Herrschender aber, der das meiste Vermögen besaß und sich mit Hilfe des Geldes Menschen wirtschaftlich untertan machen konnte: bis auf die jüngste Gegenwart Seiten einseitiger, unbarer Macht, Seiten der Ausbeutung und Unterdrückung, bis zu jedem geistigen und sittlichen Wachsen eines.

Ein sittliches Charakter bekam die Macht erst, die untertänigen einzubringen anfang in die Wirtschaft der vorher allein Mächtigsten. Ein solches Moment begann damit in der menschlichen Welt zu wirken. Statt einseitiger Interessengewalt fing damit zu keimen die Idee der Gemeinschaft, der Einheit der Menschen, die Idee der Menschlichkeit, der Sittlichkeit.

Der Tarifvertrag bedeutet darum einen bedeutsamen Schritt in der sittlichen Entwicklung des Wirtschaftslebens. Er ist der Beginn des sittlichen Gehalts im Wirtschaftsleben, da er den Beginn der prinzipiellen Gleichberechtigung der Menschen darstellt. Er ist die Wurzel, aus der in immer klarer, vollendeter Weise sich ausbaut das Gemeinschaftsleben, die wirtschaftliche Menscheneinheit. Er ist der grundlegende Faktor aller weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, daß es zur Tat gekommen, daß es täglich weiter im Leben ist, beweist, daß die neue, die sittliche Macht des Lebens in steigendem Wachsen ist und daß diesen prinzipiellen Entstehen des sittlichen Gedankens die wirtschaftlichen Zusammenhänge auch seine weitere Entwicklung gestützt ist und damit schließlich auch durch unseren letzten gewerkschaftlichen Kampf eine vollendete wirtschaftliche Gemeinshaft und eine neue wirtschaftlichen Gemeinshaft.

Einer und alle.

Der Egoismus leidet das wirtschaftliche Leben von heute an. Die schmerzliche Erkenntnis, die wir beizubringen in unserem gewerkschaftlichen Kampfe die Quelle all dieser Übel, den Unterwerfung, und erstreben eine Arbeitswelt, in der der einseitige Egoismus unmöglich ist, wie er in der Ausbeutung von heute liegt. Schließen wir damit das Ich aus aus dem Zusammenhange? Wahrscheinlich nicht. Ein zu natürlicher bedingter Faktor der Entwicklung ist das Ich. Wäre es nicht gewesen, hätte nicht seit je das Ich mit dem Ich gemein: nicht möglich geworden das Zusammenleben, wie wir es heute haben. Das Zusammenleben ist eine Ordnung, die das Streben, die Tendenz hat, das frei Sein des Einzelnen zu verbürgen, aus dem freien Sein der einzelnen Menschen den Zusammenhänge.

Wenn wir eine neue wirtschaftliche Welt erstreben, so wollen wir das Ich daran nicht ausschalten, sondern wir wollen ihm eine natürliche Stellung im Zusammenhänge geben in ihrer größten Möglichkeit. Das wirtschaftliche Ganze soll eine Harmonie sein, und die ist nur möglich, wenn sie ist die Zusammenhänge von freien Einzelnen. Jeder soll selbst und selbst als freie Persönlichkeit leben. Jeder soll nach seiner natürlichen Eigenart, nach seiner inneren Bestimmung. Und darum müssen äußere hemmende Momente schwinden, darum muß beseitigt werden die einseitige wirtschaftliche Macht, wie sie in der kapitalistischen Arbeitswelt vorhanden ist, damit jeder ohne jeden äußeren Zwang seinen inneren Denken und Fühlen leben kann.

Das Ich ist damit nicht geschwunden, nicht niedergedrückt, es ist nicht durch seine Auserzählung. Es lebt ja, es ist noch garnicht, es kann noch garnicht sein, da es in all diesen tiefen, inneren Regungen sofort niedergedrückt wird vom materiellen Geiste der kapitalistischen Gegenwart. Erst in der von Unterwerfung befreiten, harmonischen Arbeitswelt, wie wir sie erstreben, kann das Ich frohen und blühen und herrlich sich entfalten, und die Freude des einen an einem freien Sein wie an freien Schicksalen von allen ohne materiellen Geiste und kapitalistischen Einflüsse, diese Freude an neuen, durchgeklärten Menschen ist im Herzen die Liebe aus und macht die Menschheit zu einer einen, großen und alle beglückenden Welt.

Unsere Kinder und unser Kampf

Kapitalistischer Geist erfüllt die Welt. — Das zeigt uns von selber, daß ein Gegenlag nicht zwischen der Welt draußen und der daheim. Da draußen ist aber die Welt von heute mit ihrem Eigennutz und ihrer kapitalistischen Geistes. Nur daheim kann wohnen der Geist der Sittlichkeit, der Geist des Menschlichen, der Einigkeit, der Liebe. Und so ist die Welt daheim die Pfingststätte des Besten der kommenden Zeit und es muß unser Streben sein, die Welt daheim der Welt der Zukunft dienlich zu machen. Je mehr wir daheim pflegen die inneren Werte, um so mehr tragen wir davon durch unsere Kinder hinein in die Zukunftswelt.

Ein sündigen Zukunftswelt soll sich also daheim abspielen. Frei von kapitalistischen Geistes muß darum das Leben der unseren Leben sein. Was daheim geschieht, soll getan werden im Geiste des Menschentums, es soll vollbracht werden, um den Ganzen, der Familie, zu dienen, um andere, die Eltern und Geschwister, zu erfreuen. Aus edelsten Motiven heraus soll da alles Denken und Handeln geschehen. Die Liebe soll da sein des Lebens Königin.

Und dennoch: wie manchem wird nicht auch bei uns eine gute Tat, ein Liebesdienst, mit Geld bezahlt, und wenn es auch nur wenige Pfennige sind?

Quers soll die Seele werden in unserem Kinde; es soll innerlich reich werden und groß und stark, dann versteht es von selber nachher den gewerkschaftlichen Arbeitskampf, ja, dann fühlt es dieses Kampfes ganze Seele, da es selbst reich ist an innerem Wert, und da es fühlt, daß der Kapitalismus jedes freilich Erlebens bar ist, daß das sündige Glück uns nur wird in jener freien Arbeitswelt, die unser gewerkschaftlicher Kampf erstrebt.

Eine gewaltige Macht bedeutet heute der gewerkschaftliche Verband. Wie sind die Organisationen gewachsen und groß geworden! Und sie werden weiter wachsen! Doch nicht nur an Zahl. Auch an Kulturgehalt. Wie spricht man heute mit Achtung vor der gewerkschaftlichen Tätigkeit, der gewerkschaftlichen Treue, der gewerkschaftlichen Solidarität. Auch diese Werte werden zunehmen und wachsen. Immer klarer, reiner, weiter und tiefer wird mit der Organisation hervortreten die sittliche Idee, die in ihr steckt, immer mehr wird der Begriff „gewerkschaftlicher Kampf“ sich bedecken mit dem Begriff höchsten Menschentums. Und unser Geist wird's sein, der dann in jenen liebesbrüderlichen Zeiten den Kampf befeuert, wenn wir unseren Kindern mit unserer ganzen Persönlichkeit eingeben diese gewerkschaftliche Kampfes-Seele!

Aus unserem Beruf.

Gefährliche Vorkämpfe. Nachdem allem Anschein nach die Zwangswirtschaft für die lederverarbeitende Industrie in der Nationalversammlung in Kürze beschlossen worden dürfte, besteht die Gefahr einer „freiwilligen“ Zwangswirtschaft. Der Syndikus des Lederwertschutzvereins Dr. Wainger erwirkt den freien Handel und erstrebt den Zusammenhänge der Industrie unter staatlicher Aufsicht zu gewährleisten. Trutz-Gesetze werden diesen „Selbstverwaltungskörpern“ Normativ-Vorschriften geben, welche dahin wirken, daß die Industrie nicht wie bisher „wahrlos“, was Fabrikationsort und Fabrikationsstätte anbelangt, fabrizieren. Man vertritt sich eine Erhöhung der Produktivität und auch eine Verbilligung des Wirtschaftsgutes. Dieser Vorschlag ist äußerst gefährlich und durch Erlaß von Normativ-Vorschriften würden durch die „freiwilligen“ Verbände Bestimmungen darüber erlassen, was und wo fabriziert wird und die Presse vorgeführt. Der jungen aufstrebenden Konkurrenz würden hierdurch nur Beschränkungen erwachsen, denn man mühte sich sonst nachgedrungen der Bereinigung anschließen, um nicht von den übrigen Fabrikanten, welche unter staatlichen Schutz stehen, erdrückt zu werden. Das nennt man Schutz und „Wahrung der Gemeininteressen!“ Ein lästiger, unerträglicher Zwang entsteht aber auch durch die Vorschriften für diejenigen, welche dem „Selbstverwaltungskörper“ beitreten und sich der staatlichen Aufsicht unterwerfen. Es muß geprüft werden, was und wie viel der einzelne und ob er überhaupt fabriziert. Der Sozialerwägungsgedanke findet in diesen Kreisen keine Stütze, da müssen die Arbeiter nachsehen.

Eingabe der Stillgelegten. Der Ausschuß der im Kriege stillgelegten Schuhfabrikanten hat an das Reichsschatzamt sowie an den Wirtschaftsausschuss der Nationalversammlung eine Eingabe gerichtet, worin nachgefragt wird, öffentliche Verträge von lederverarbeitenden Stilllegten vorüberläufig vorhandener Maschinen, Lederbestände usw. bis auf weiteres einzustellen und zuvor den Vertretern der früher Stillgelegten eine Ausstellung darüber zugeben zu lassen, welche Maschinen, Materialien vorhanden sind, da ihnen nach Beschluß der Nationalversammlung ein Korrige eingekauft werden kann, wenn sie Gebrauch ma-

chen wollen. Um die richtige Prüfung des Antrages wird gebeten! Meldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle des Ausschusses der Stillgelegten Betriebe Berlin O 2, Burgstraße 80, z. B. des Syndikus Dr. Rosenhohn.

Mitteilungen.

Liegend. Die letzte Versammlung beschäftigte sich wieder mit dem Tarif, welcher mit der Innung abgeschlossen ist. Es wird immer wieder versucht, den Vertrag zu umgehen. Scharf gerügt wurde, daß der Vorstand der Innung die letzte Vereinbarung beim Schlichtungsausschuss den Mitgliedern gar nicht mal zur Kenntnis gegeben hat und der Obermeister, welcher den Tarif mit seinem Namen unterzeichnete, sich selbst nicht daran lehrt. Es wurde beschlossen, die Vereinbarung über die Leuerungszulage in der „Arbeitszeitung“ zu veröffentlichen. Nachdem dieses geschehen, sollen alle die Firmen bekannt gegeben werden, welche sich an die Vereinbarung nicht halten. Die Vereinbarung wurde von den Herren Martin, Thomas, Hadenberg, Rabek und Hubrich im Auftrag der Zwangsinnung unterzeichnet und hat folgenden Wortlaut: Die von der Arbeiterchaft geforderte Leuerungszulage von 16 Mk. pro Woche für die Arbeiter der ersten Lohnklasse und 12 Mk. pro Woche für die zweite Lohnklasse, werden von der Schuhmacher-Zwangsinnung anerkannt. Die Leuerungszulagen laufen auf unbestimmte Zeit.

Wahleresultat

Für den 5. Internationalen Schuhmacher- und Lederarbeiter-Kongress in Zürich.

Nachstehend veröffentlichte wir das Resultat der Delegiertenwahl zum internationalen Schuhmacher- und Lederarbeiter-Kongress in Zürich.

1. Wahlkreis. Abgegeben wurden im Ganzen 3796 gültige Stimmen. Davon erhielten: Karl Höllermann-Nürnberg 2246, Franz Stug-Nürnberg 1505, Guls-Hellbronn 43, gesplittet 1 Stimme. Gewählt: K. Höllermann-Nürnberg.
2. Wahlkreis. Abgegeben wurden im Ganzen 2736 gültige Stimmen. Davon erhielten: Rauhäus Ber-Stuttgart 1531, F. Lorenz-Gannstatt 1001, Ph. Wittlich-Gannstatt 151, gesplittet 83 Stimmen. Gewählt: H. Seg-Suttgart.
3. Wahlkreis. Abgegeben wurden im Ganzen 1834 gültige Stimmen. Davon erhielten: Karl Ruhn-Offenbach 1274, Hans Fischer-Frankfurt a. M. 550 Stimmen. Gewählt: K. Ruhn-Offenbach.
4. Wahlkreis. Abgegeben wurden im Ganzen 2346 gültige Stimmen. Davon erhielten: Otto Reub-Bermerhofen 953, Friedr. Weber-Rhin 627, B. Weperer-Hannover 760, gesplittet 466. Gewählt: O. Reub-Bermerhofen.
5. Wahlkreis. Abgegeben wurden im Ganzen 1721 gültige Stimmen. Davon erhielten: P. Hammacher-Berlin 899, R. Bollmerhaus-Berlin 610, B. Kasper-Hannover 12 Stimmen. Gewählt: P. Hammacher-Berlin.
6. Wahlkreis. Abgegeben wurden im Ganzen 3218 gültige Stimmen. Davon erhielten: Gg. Reimer-Dresden 1071 und R. Weiss-Dresden 1511 Stimmen. Gewählt: Gg. Reimer-Dresden.
7. Wahlkreis. Abgegeben wurden im Ganzen 2017 gültige Stimmen. Davon erhielten: Joh. Demberger-Wehrhans 1507, R. Weiss-Dresden 1381, gesplittet 79 Stimmen. Gewählt: Joh. Demberger-Wehrhans.
8. Wahlkreis. Abgegeben wurden im Ganzen 2338 gültige Stimmen. Davon erhielten: P. Waser-Erfurt 1222, A. Schilling-Erfurt 1194, gesplittet 9 Stimmen. Gewählt: P. Waser-Erfurt.

Bekanntmachungen des Zentralverbandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 21. Aug. bis 28. August der 25. Wochenbeitrag fällig ist.

Nürnberg, den 26. August 1919.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Willingen-Einbeilagen. In Stelle des Kollegen Marquardt wurde Kollege Schürter zum 1. Bev. gewählt. — Sämtliche Zuschüsse sind an Albert Schürter, Willingen, Poststraße 152, zu richten.

Naumburg (Oberr.). Gultau (Eberding, Naumburg, Bahnpoststr. 94, 1. Bev.; Paul Bernmann, Scheueren, 2. Bev.; Adolf Lehmann, Naumburg, 3. Bev. — Sämtliche Zuschüsse sind an den Kollegen Eberding zu richten.

Unseren Anzeigen in „Schuhmacherfachblatt“ weiteste Verbreitung!

